

diese

BUNDESPOST

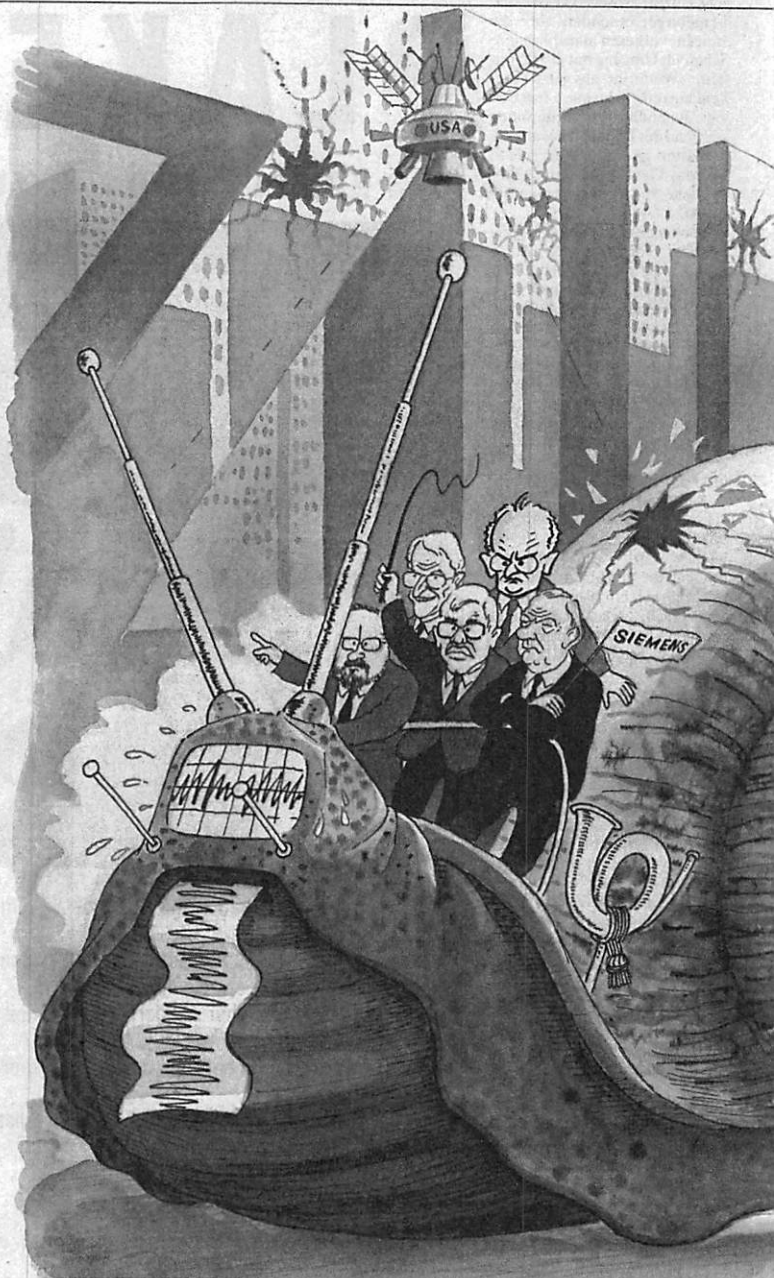
Zur Schnecke gemacht

Im Kampf um die lukrativen Telekommunikationsmärkte der Zukunft möchten die USA, Japan, die EG und die deutsche Industrie das antiquierte Postmonopol knacken. Doch eine Regierungskommission und Hoflieferanten wie Siemens wollen eine umfassende Neuordnung bei dem unflexiblen Bundesunternehmen blockieren

Helga Knickmeier ist Sekretärin und hat 28 Chefs. Ebenso viele dunkelrote Telefone sind vor ihr auf dem Schreibtisch aufgereiht. Ein Glück, daß sie nicht alle zur gleichen Zeit klingeln. Bei fünf oder acht Anrufen auf einmal bleibt die Stimme von Helga Knickmeier gelassen, wenn sie sich je nach Apparat mit »Schilling Chemie, Knickmeier«, »HWV GmbH, Knickmeier«, »Intrakonti, Knickmeier« meldet oder einem Monteur sagt, wo er als nächstes hinfahren soll. Geben die Telefone gerade Ruhe, tippt sie Briefe und Fernschreiben, verschickt Telekopien oder sortiert die eingetretene Geschäftspost.

Die 54jährige Unternehmerin residiert mit ihrer Dienstleistungsfirma »Central Bureau Service GmbH« in einem Gewerbegebiet in Hamburg-Bahrenfeld. Dort gibt es viele Einmann-Betriebe, die eine eigene Sekretärin und ein mit teuren Geräten wie Telex und Telekopierer ausgestattetes Büro weder auslasten noch bezahlen könnten.

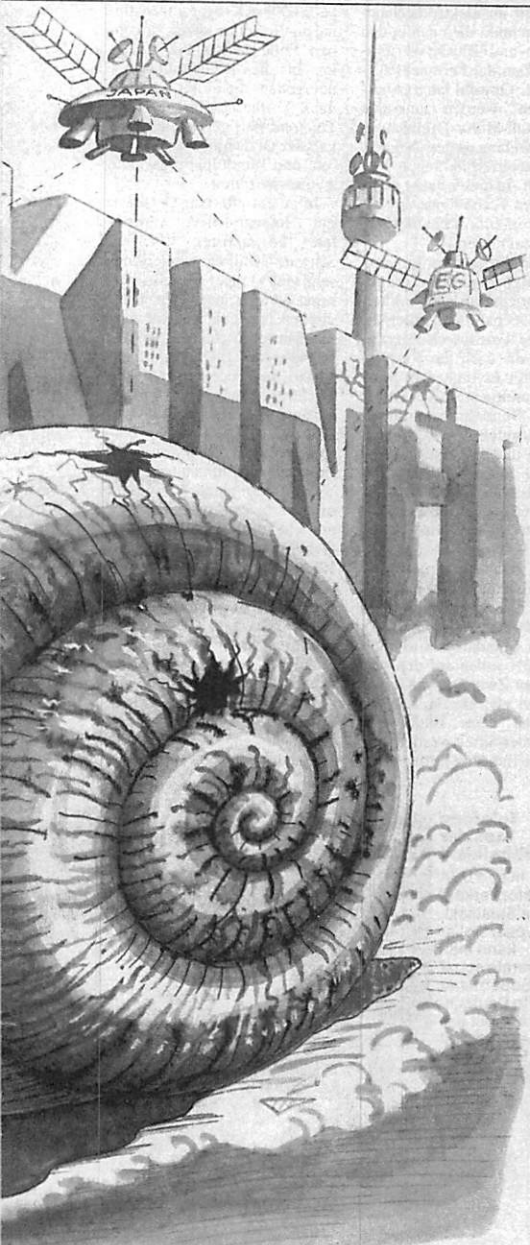
Zwar sagt eine Postbestimmung, daß die »regelmäßige Übermittlung oder Aufnahme



Gegen zu viel Wettbewerb: Post-Gewerkschaftsboss van Haaren, CSU-Minister Stoiber, Postminister



Woche



ZEICHNUNG: PERSCHGOTTSCHEBER; FOTO: PETER THOMANN

von Telexnachrichten für andere nicht statthaft« ist, doch hat Frau Knickmeier eine kleine Lücke im Verordnungsdschungel entdeckt: Wenn sich Geschäftsräume des anderen auf demselben Grundstück befinden, gilt das Verbot nicht. Die 28 Kunden haben deshalb unter Helga Knickmeiers Adresse eine »unselbständige Zweigstelle« angemeldet.

Obwohl die Post nur über 42 öffentliche Telexstellen verfügt und man in Städten wie Freiburg oder Lübeck vergebens danach sucht, reagiert das größte Dienstleistungsunternehmen Europas (550 000 Beschäftigte; 1987 voraussichtlich 54,3 Milliarden Mark Umsatz) selbst auf das kleinste Kratzen an seinem noch aus der Kaiserzeit stammenden Monopol rigoros. Denn die in bürokratischen Strukturen erstarrte Post, ein Fossil des deutschen Obrigkeitsstaates, in dem der Bedienstete ganz unten nach den Anweisungen von ganz oben zu verfahren hat, lebt von diesem Monopol. Genau gesehen von dem noch gewinnbringenden Fernmeldewesen.

Was ein Teilnehmer an die Netze der Post anschließen darf und was nicht, welche Leistungsmerkmale ein Gerät haben darf oder haben muß sowie die technischen Spezifikationen werden von den Fernmeldebeamten bis aufs kleinste Detail festgelegt: Der Mund-Ohr-Ab-

stand beim Standard-Handapparat muß beispielsweise 154 Millimeter betragen und auf 2 Millimeter genau eingehalten werden. Die Natur ist da beim Menschen großzügiger.

Durch ihre strenge Politik hat die Fernmeldebürokratie ihre Netze samt Teilnehmern und Geräteherstellern und das ihr genehme Innovationstempo fest im Griff. Sie kann dadurch zwar eine technisch gute Übertragungsqualität bieten, andererseits aber auch weiterhin nach Wegelagerermanier Gebühren festsetzen und für die eigenen Interessen oder die ihrer Hoflieferanten Siemens, SEL und Telenorma unliebsame ausländische Produkte – wie lange Zeit beispielsweise Telekopierer – vom Netz und damit dem Markt fernhalten. In einer Studie der Unternehmensberatungsfirma McKinsey wird allerdings befürchtet, daß diese Strategie zurückschlägt und der Kreativität und Konkurrenzfähigkeit der deutschen Fernmeldeindustrie langfristig schadet. Selbst jüngere hohe Beamte im Bonner Postministerium sehen inzwischen der aus Japan und den USA anrollenden Exportoffensive im Telekommunikationsbereich mit ungunstigen Gefühlen entgegen.

Denn die Zeit läuft gegen die in 140 Jahren gewachsenen unflexiblen Fernmeldebürokratien. In den USA, Großbritannien, Japan und den Niederlan-

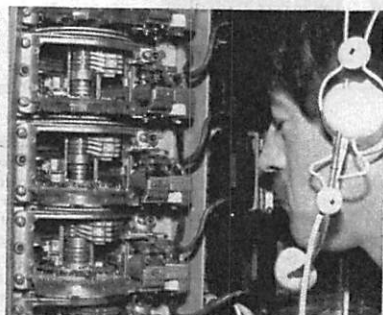


Lücke im Verordnungsdschungel entdeckt

Helga Knickmeier macht für andere Firmen auf 28 Apparate Telefondienst und verschickt Telekopien und Fernschreiben

Technik von gestern

Die Bundespost arbeitet bei der Telefonvermittlung noch überwiegend mit elektro-mechanischen Systemen anstatt mit Computern



den wurden die Fernmeldemobile bereits gekippt; in Frankreich, Italien und der Schweiz sind sie unter starken Druck geraten.

Seit die Mikroelektronik die Computer von Jahr zu Jahr leistungsfähiger, kleiner und preiswerter macht, wird auch das Telekommunikationswesen von Grund auf umgekrempelt. Doch genau das gefährdet die Macht der Bundespost. Um Sprache, Texte, Zeichnungen oder Fotos von einem Ort zum anderen übertragen zu können, werden heute Grund- und Verbindungsgebühren für verschiedene Fernmeldenetze an die Post bezahlt sowie einzelne Spezialgeräte wie Telefon, Telex, Telekopierer und Bildfunk-Maschinen gekauft oder gemietet. Dabei können all diese Aufgaben mit einem ans Telefon angeschlossenen Personal-Computer (PC) erledigt werden, der dafür nur die entsprechende Software und ein paar Spezialchips zusätzlich braucht. Obendrein kann er automatisch wählen oder ankommende Verbindungen zu anderen Computern durchschalten und die Bilder und Texte samt gesprochenen Kommentaren zur weiteren Verarbeitung gleich speichern.

Die Post aber erlaubt das nicht. Denn wenn jedes Endgerät potentiell eine kleine Vermittlungsstelle ist, wird das Vermittlungs-Monopol des Riesen geknackt. »Physikalisch-technisch gesehen gibt es keine Gründe, warum solche Dienstleistungen nur vom öffentlichen Netz erbracht werden sollen«, sagt der Kommunikationsexperte und Unternehmensberater Franz Arnold, einst selber im Postministerium tätig.

Seit Ende der 70er Jahre die Zeit der Mikrocomputer angebrochen ist, hat die Post mit al-

len Mitteln versucht, die Verbindung von PCs und Homecomputern mit dem Telefonnetz zu verhindern. Jeder Pieps, den ein Computer zur Übertragung von Daten in die Sprechmuschel eines Telefonhörers schickte, war als Mißbrauch des Fernmeldenetzes verboten. Erst 1982 wurde das harmlose Piepsen der sogenannten Akustikkoppler erlaubt. Der billigere, funktionssichere, direkte Anschluß (Modem) wird aber von der Bürokratie auch heute noch weitgehend blockiert.

Für den Flensburg-Engineer Ulrich Jochimsen ist die Post deshalb nicht ein Dienstleistungs-, sondern ein »Dienstverweigerungsunternehmen«. Schon vor 15 Jahren hat er für eine Kommunikationssteckdose gekämpft, die dem Bürger die Freiheit gibt, was immer er sich als Telefonapparat oder sonstiges Kommunikations-Equipment wünscht, ans Netz anschließen zu dürfen. Einzelne Forderungen von Jochimsen, sei es die Konferenzschaltung für mehrere Fernsprechernehmer, das drahtlose Telefon oder der Komfortapparat mit Wahlwiederholung und Nummerngeber, hat die Post inzwischen zugelassen, freilich teilweise zu abschreckenden Gebühren.

Auf andere sinnvolle Einrichtungen wie Weiterleiten und Umleiten eines Gesprächs, »Anklopfen« bei Besetzzeichen oder die in den meisten Ländern übliche Möglichkeit, R-Gespräche, bei denen der Empfänger zahlt, zu führen, müssen bundesdeutsche Telefonkunden weiter verzichten.

Und während etwa in den USA ein Telefonanschluß innerhalb von Stunden oder Tagen geschaltet wird, sind in der Bundesrepublik wochenlange Wartezeiten bei Neuanmeldun-

gen die Regel. Einer der Gründe für das Unvermögen der Post, auf sich wandelnde Kundenwünsche zu reagieren, ist der hohe Anteil an elektromechanischer Technik, die noch in den 473 Fern- und 6200 Ortsvermittlungsstellen der Fernmeldeämter steht. Obwohl längst abgeschrieben, werden langsame Edelmetall-Motor-Drehwähler noch jahrelang weiterklackern, um Telefonverbindungen herzustellen. In dieser heute völlig veralteten Technologie war die Bundesrepublik in den 50er Jahren einmal führend.

Heute gibt es zu programmgesteuerten digitalen Vermittlungseinrichtungen keine Alternative. Doch die Computerisierung der Fernsprech-Vermittlungen, die auch das Problem verstopfter Leitungen zu Stoßzeiten beseitigen würde, wurde von der Bundespost und ihren Hoflieferanten regelrecht verschlafen und soll erst jetzt mit etwa 40 Milliarden Mark bis 1995 massiv betrieben werden.

Derweil macht die Post viel Wind um ISDN, das »Integrated Digital Services Network«, zu deutsch »Dienstintegriertes digitales Fernmeldenetze«, das ab Anfang 1988 eingeführt werden soll, obwohl es noch keinen endgültigen Standard dafür gibt. Mit ISDN sollen auf den vorhandenen Zwei-Draht-Kupferleitungen gleichzeitig Telefongespräche, Texte, Bilder oder Daten übermittelt werden. Die deutsche Industrie hofft ebenso

wie die Bundespost, durch das jetzt vorgelegte Tempo nicht nur den Anschluß an die Digitaltechnik zu bekommen, sondern bei ISDN sich sogar international an die Spitze setzen zu können. Ende 1990 soll ISDN nahtlos in die Breitbandtechnik übergehen, die in der Lage ist, dank Austausch der kupfernen Telefondrähte gegen Glasfaserkabel zusätzlich auch noch Fernseh- und Rundfunkprogramme zu transportieren.

In einem internen Gespräch mit Industriechefs verbreitete Postminister Christian Schwarz-Schilling allerdings sehr viel weniger Euphorie als seine Werbefirmen. Trotz technischer, betrieblicher und wirtschaftlicher Vorteile sei die Entscheidung für ISDN nicht ohne Risiko, sagte der Minister. Die Nachfrage nach ISDN-Dienstleistungen können heute nur grob geschätzt werden, entsprechend schwierig werde die Prognose für Einnahmen.

Um eine mehr am Markt orientierte Struktur der Post zu erreichen, ist seit März 1985 auf Geheiß von Kanzler Kohl eine Regierungskommission mit hochrangigen Fachleuten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft an der Arbeit. Das Ergebnis ihrer streng vertraulichen Sitzungen soll im September offiziell vorgestellt werden.

In ungewohnter Einigkeit ziehen die CSU – sie fürchtet eine Benachteiligung ihrer Alpentäler –, der Münchner Siemens-

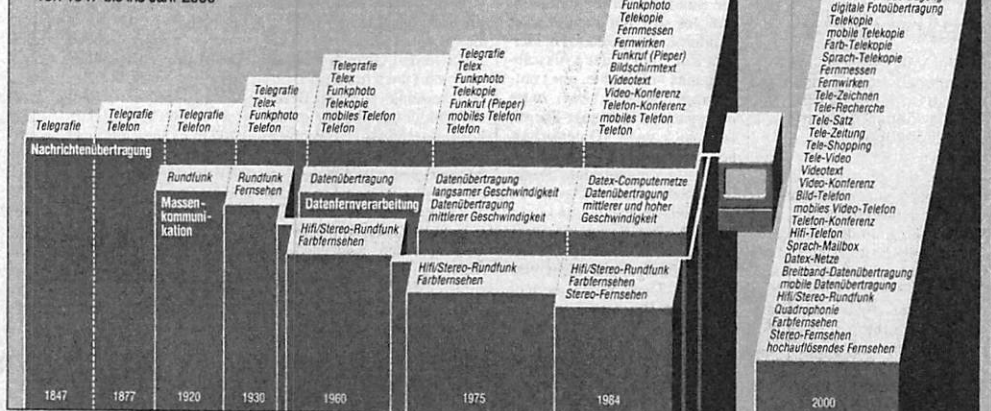
Telefone aus der Grabbelkiste

In den USA ist Telefonverkauf kein Staatskauf. Für ein paar Dollar kann man Apparate sogar im Supermarkt kaufen. In Deutschland ist das Geschäft von der Post streng reguliert



Post-Moderne

Die Entwicklung der Telekommunikation von 1847 bis ins Jahr 2000



Die vernetzte Gesellschaft: Computer ermöglichen seit den achtziger Jahren das Zusammenwachsen von Nachrichtentechnik, Datenfernverarbeitung und Massenkommunikation zur »Telematik«. Doch die Post mag diese Entwicklung nicht recht mitmachen

Konzern – ihm würden als Hoflieferant der Post bei mehr Wettbewerb die Geschäfte schwermgemacht – sowie die SPD und die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) an einer Strippe. Die DPG will sicherstellen, daß die Post keinesfalls Federn lassen muß, sondern vielmehr bei der Verteilung der verheißungsvollen neuen Pfründe ihren Teil abbekommt, und die SPD möchte unter anderem, daß der

Staat über die Festsetzung der Gebühren weiter Preispolitik machen kann. FDP und Bundesverband der Deutschen Industrie streiten dagegen für weitgehende Privatisierung bis hin zur Zulassung privater Netzkonzern – wohnter sich der Kampf um die lukrativen Telekommunikationsmärkte der Zukunft verbirgt. Kritiker des freien Wettbewerbs argwöhnen, daß sich Unternehmer – anders als die Post, die flächendeckend anbieten muß – nur die Rosinen aus dem Milliardengeschäft herauspicken würden.

Der jetzt ausgehandelte Kompromiß sieht zwar vor, daß die graue Tele- von der gelben Brief- und Paket-Vost getrennt wird und Quersubventionen, bei denen ein gewinnträchtiger Bereich Verluste in anderen Sparten ausgleicht, nach einer Übergangszeit von voraussichtlich fünf Jahren gestrichen werden sollen. Aber die ursprünglich geplante weitere Aufteilung der Telekommunikation (»Telemek«) in einen regulierten Bereich »Telematik« und das im Wettbewerb stehende Unternehmen »Teledienst« wurde fallengelassen. Allerdings soll künftig zumindest das Rechnungswesen beider Bereiche getrennt werden, damit Quersubventionen nicht einfach verrechnet werden können.

Zwar dürfen private Unternehmen – wenn es nach der Regierungskommission geht – künftig alle zugelassenen Endgeräte sowie alle Dienstleistungen mit Ausnahme des einfachen Telefondienstes anbieten, doch behält die Post weiterhin das Netzmonopol und darf umgekehrt bei allen Endgeräten und bei den international standardisierten Diensten mit den Privaten konkurrieren.

Zudem soll das Postministerium die Gebühren auch künftig weitgehend bestimmen oder kontrollieren. Ein von der EG-Kommission erstelltes, bislang noch vertrauliches, »Grünbuch« fordert eine sehr viel schärfere Trennung zwischen dem hoheitlichen und dem geschäftlichen Bereich der Fernmeldeverwaltungen. Die EG plädiert für europaweit geltende Zulassungsbestimmungen und Standards – insbesondere für eine einheitliche Kommunikationssteckdose. Sogar Satelliten-Antennen zur Übertragung von Daten sollen zum freien Verkauf zugelassen werden. Außerdem wird in dem Grünbuch eine umfassende Untersuchung der immensen sozialen Folgen verlangt, die sich durch die fortschreitende Vernetzung ergeben werden.

Daß der Postminister die Vernetzung der Bundesrepublik auf

dem Verordnungsweg betreibt, dabei »praktisch ohne parlamentarische Kontrolle agiert« (Peter Paterna, SPD) und sein aus Hunderten von Einzelpositionen bestehender Jahreshaushalt mit einem Volumen von über 75 Milliarden Mark unter Ausschluß der Öffentlichkeit vom Postverwaltungsrat manchmal in einer Sechs-Stunden-Sitzung beraten und beschlossen wird, scheint die Regierungskommission nicht weiter zu stören. Im Gegenteil: In dem von ihr favorisierten 20köpfigen Aufsichtsrat sollen künftig selbst die heute noch vertretenen fünf Bundestagsmitglieder fehlen.

»Was wir angesichts der ökonomischen Bedeutung und der sozialen Auswirkungen der Telematik dringend brauchen, ist nicht allein organisationsrechtliche Kosmetik, sondern ein Telekommunikationsgesetz, das die Rechte des Bürgers – insbesondere auf informationelle Selbstbestimmung – und die Pflichten des Staats konkretisiert und sauber voneinander abgrenzt«, fordert dagegen der bekannte Frankfurter Verfassungsrechtler Joachim Scherer. »Die Bundespost muß demokratischer Kontrolle unterworfen werden, damit sie endlich aus ihrer »Dunkelkammer« heraustritt.«

DIETER BREHDE



FOTOS: AXEL CARP; OWEN FRANKEN; ZEICHNUNG: REINALDO BLANCO